Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14101 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schiegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Donnerstag, den 24. Juni 1926 | Nummer 144

Kapitulation der SPD?

Kuhhandel über das Fürstenkompromiß

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichstage haben gestern Unterredungen zwischen den Vertretern der Koalitionsparteien und den Vertretern der Deutschnationalen und Sozialdemokraten über die Annahme des Kompromißgesetzes zur Fürstenabfindung stattgefunden. Die Verhandlungen sollten den Zweck haben, die bei den Erörterungen im Reichsausschuß des Reichstages aufgetretenen Schwierigkeiten zu lösen und die von der Rechten und von den Sozialdemokraten zum Fürstenkompromiß eingebrachten Anträge auszugleichen, um damit eine gemeinsame Basis für die Annahme des Kompromisses zu finden. Die erste Lesung der Regierungsvorlage soll heute im Rechtsausschuß zu Ende geführt werden. Zwischen der ersten und zweiten Lesung sollen erneut Verhandlungen mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten stattfinden.

Von den Besprechungen über die Fürstenabfindung wird gemeldet, daß sie bisher zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben. Die Deutschnationalen lassen erklären, daß sie nach wie vor das Gesetz ablehnen und keine Veranlassung haben, von ihrer bisherigen Stellung abzugehen und ihm noch zu einer Zweidrittelmehrheit zu verhelfen. Die heutige Morgenausgabe des „Vorwärts" geht mit keinem Wort auf die stattgefundenen Verhandlungen ein.

In der Mittwochsitzung des Rechtsausschusses, bei der Beratung der Regierungsvorlage zur Abfindung der Fürsten, fragte der Abgeordnete Rosenfeld (SPD.), ob die Regierung, wie es in der Presse angekündigt sei, beabsichtige, den Kuhhandel zu erklären, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd sei. Eine solche Erklärung würde im Widerspruch stehen zu der früheren Regierungserklärung, die für den Kompromißantrag ebenso wie für den Enteignungsentwurf den verfassungsändernden Charakter festlegte. Der Reichskanzler Marx stellte eine solche Absicht in Abrede. Genosse Neubauer frug darauf: „Ob die Erklärung des Kanzlers besagen wolle, daß die angeblichen Pressemeldungen aus der Luft gegriffen seien." Marx antwortete darauf, daß die Regierung gegenwärtig keine solche Absicht habe, weitere Erklärungen könne er nicht abgeben.

Zum § 1 stellten Deutschnationale und Sozialdemokraten Abänderungsanträge. Die SPD. forderte, wie bisher, Ernennung der Richter durch den Reichstag, (der ... von den Monarchisten beherrscht wird). Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 18 zu 7 Stimmen von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die 3 Kommunisten enthielten sich der Stimme, weil dadurch eine wirkliche Verbesserung des Gesetzes unmöglich ist und alle „Verbesserungsanträge" nur auf eine Täuschung der breiten Massen hinauslaufen. Gegen die Anträge der Deutschnationalen stimmen auch die Kommunisten. Die Regierungsvorlage wird darauf mit den 11 Stimmen der Regierungsparteien gegen die 3 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Sozialdemokraten und Deutschnationalen enthalten sich der Stimme.

Dr. Kahl verplappert sich

Bei der Beratung des § 2 kam es zu einem wichtigen Zwischenfall. Als der Sozialdemokrat Rosenfeld einen Antrag stellte, daß das Reichssondergericht von Amtswegen die Klage erheben solle und zur Begründung seines Antrages ausführte, daß es nach der Regierungsvorlage sehr wohl möglich wäre, daß das Sondergericht überhaupt nicht in einem einzigen Falle angerufen werde. Da machte der volksparteiliche Vorsitzende Dr. Kahl den Zwischenruf:

„Dann hätte das Gesetz ja seinen Zweck erfüllt."

Damit war die Absicht der Fürstenknechte klar enthüllt. Was man bereits wußte, hat noch einmal der führende Vertreter der einflußreichsten Kompromißpartei ausgesprochen: Man macht ein Gesetz nur zum Scheine und rechnet darauf, daß es überhaupt nicht angewandt wird.

Kahl versuchte vergebens, seinem Zwischenruf eine harmlose Deutung zu geben. Der Demokrat von Richthofen und der Zentrumsmann Dr. Bell sekundierten ihn dabei. Im § 4 des Fürstenkompromißgesetzes ist ein neuer Absatz 2 eingefügt, in dem bestimmt wird, daß durch Auseinandersetzungen eines Landes mit einem Fürsten die Auseinandersetzung dieses Fürsten mit einem anderen Lande nicht berührt wird. Dieser Absatz wurde hinzugefügt, um dem englischen Prinzen Karl Eduard die Coburger Besitzungen auf jeden Fall unangetastet zu gewährleisten. Die Deutschnationalen stimmen hierbei für die Regierungsvorlage, die Kommunisten dagegen, die SPD. enthält sich auch hier der Stimme!

Da die Regierung vorläufig an dem verfassungsmäßigen Charakter des Gesetzes festhält, liegt die Entscheidung bei den Sozialdemokraten. Sie hat jetzt zu zeigen, ob sie gewillt ist, dem Willen der 15 Millionen Rechnung zu tragen und die Auflösung des Fürstenreichstages durchzusetzen, oder ob sich die sozialdemokratischen Führer auch diesmal in die Front der Fürstenknechte schlagen.

Der Verrat an der 15-Millionen-Front

Verständigung der SPD. mit den Fürstenparteien.

Wie die Telunion heute morgen berichtet, haben die Führer der Regierungsparteien gestern nachmittag noch eine interfraktionelle Besprechung über die Frage, wie die für die Annahme des Fürstenabfindungsgesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht werden könnte, die die Regierungsparteien allein nicht aufzubringen vermögen. Ueber bestimmte Vorschläge wird darüber noch nichts verlautet, doch man rechnet nach der Mitteilung der Telunion in den Kreisen der Regierungsparteien damit, daß es gelingen werde, mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß zu kommen, das die Annahme des Gesetzes noch vor der Sommerpause ermöglicht.

Das neue Kabinett Briand

Paris, 23. Juni. (Telunion.) Heute abend um 6,30 Uhr wurde Briand die offizielle Bildung des Kabinetts bekannt. Die Zusammensetzung ist die folgende: Briand: Ministerpräsident und Ministerium des Auswärtigen; Caillaux: Finanzen; Pierre Laval: Justiz; Georges Leygues: Marine; General Guillaumat: Militär; Chapsal: Handel; Nogaro: Oeffentlicher Unterricht; Perrier: Kolonien; Binet: Landwirtschaft; Inneres: [illegible]; Vincent: Oeffentliche Arbeiten; Durafour: Arbeit; Jourdain: Pensionen.

Das neue Kabinett wird heute abend um 10 Uhr zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Um Mitternacht wird Briand seine Mitarbeiter dem Präsidenten der Republik vorstellen. Das neue französische Kabinett setzt sich zusammen aus vier Anhängern der republikanisch-demokratischen Linken, fünf Radikalsozialisten, zwei Sozialist-Republikanern, vier Vertretern der Republikanischen Linken, einem keiner Partei Angehörenden und einem [illegible].

Die Rache der Fürstenknechte

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Pfarrer Bleier an der Trinitatiskirche in Charlottenburg wurde von der Kreissynode Friedrichswerder 2 gemaßregelt, weil er für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingetreten war.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis

Das vom Reichswahlleiter errechnete Ergebnis des Volksentscheids über den Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen ist bisher folgendes:

Stimmberechtigte	39 699 559	Neinstimmen	584 723
Jastimmen	14 441 590	Ungültig	559 406

Danach haben rund 36,5 Prozent der Wahlberechtigten für den Enteignungsantrag gestimmt.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Abstimmung über den Volksentscheid für Groß-Berlin, also für den Wahlkreis 2 (Berlin), der die alten Innenbezirke umfaßt, und für die zu den Wahlkreisen 3 (Potsdam 2) und 4 (Potsdam 1) gehörenden Groß-Berliner Bezirke hat nach den bisherigen amtlichen Feststellungen folgende Ziffern ergeben:

Groß-Berlin:

Jastimmen	1 750 376	Ungültig	81 916
Neinstimmen	80 863	Stimmberechtigte	3 023 383

Es haben also rund 58 Prozent aller Groß-Berliner Wahlberechtigten mit Ja gestimmt.

Die industriellen Hochburgen.

In vier Wahlkreisen mit vorwiegend industriellem Gepräge und einer langjährigen sozialistischen Parteitradition wurden absolute Mehrheiten für den Volksentscheid erzielt, und zwar:

In Berlin	66 Prozent
In Potsdam II	54,4 Prozent
In Hamburg	62,5 Prozent
In Leipzig	51,9 Prozent

Der Bankrott des Zentrums.

Für die Abwanderung von Zentrumswählern nach links ist folgende Tabelle wichtig:

	1 7. Dezbr.	2 Volksbegehren	3 Jastimmen
Westfalen-Süd	463 603	336 212	727 471
Köln-Aachen	229 091	353 865	456 172
Coblenz-Trier	82 580	119 058	184 904
Düsseldorf-Ost	370 321	550 740	584 472
Düsseldorf-West	306 400	291 500	330 836
	1 365 995	1 651 378	2 272 945

Tabelle 1 zeigt die Zahl der Stimmen, die zur Reichstagswahl am 7. Dezember auf Kommunisten, Unabhängige und Sozialdemokraten entfielen. Tabelle 2 zeigt die gemeinsamen Stimmen, die beim Volksbegehren aufgebracht wurden. Tabelle 3 zeigt das letzte Ergebnis beim Volksentscheid und beweist, daß insgesamt mindestens 500 000 Zentrumswähler entgegen den Anweisungen der Bischöfe und der Zentrumspartei für den kommunistisch-sozialdemokratischen Volksentscheid stimmten.

Metallarbeiter-Verbandstag und die deutsche Arbeiterklasse

Durch den Volksentscheid ist eine für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung sehr wichtige Angelegenheit etwas in den Hintergrund geraten. Vom 2. bis 8. August findet in Bremen der 17. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Die Wahl der 187 Delegierten erfolgt am Sonntag, den 27. Juni, durch Urabstimmung in allen Bezirken Deutschlands.

Weshalb überragt der Verbandstag der Metallarbeiter alle übrigen Verbandstage und welches Interesse haben daran die Nichtmetallarbeiter? Einmal ist der DMV. trotz Verlusten der Hälfte seiner Mitglieder seit dem letzten Verbandstag 1924 in Kassel immer noch die weitaus größte Gewerkschaft innerhalb des ADGB. und seine Politik und Taktik beeinflußt naturgemäß in sehr hohem Maße die Politik und Taktik der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung; zum anderen ist der DMV. die Organisation, deren Mitgliedschaft in allen Bezirken Deutschlands verhältnismäßig gleich stark vertreten ist. Und da weiter die gesamte Industrie im modernen Kapitalismus basiert bzw. sehr stark abhängig ist von den Verhältnissen in der Metallindustrie, so werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den übrigen Industrien sehr stark beeinflußt von den Löhnen und Arbeitsverhältnissen der Metallarbeiter.

Diese Tatsachen haben es mit sich gebracht, daß seit jeher im Metallarbeiter-Verband die schärfsten Kämpfe der verschiedenen Richtungen, das zäheste Ringen um die Politik und Taktik, um die Führung innerhalb des Verbandes ausgefochten werden. Die Folge war auch, daß unmittelbar nach dem Novembersturz die Führung des Metallarbeiter-Verbandes auf der Generalversammlung 1919 in Stuttgart den rechten Sozialdemokraten abgenommen wurde und in die Hände der damals gemeinsam auftretenden USP.- und KPD.-Opposition überging. Seitdem ist der „radikale" Robert Dißmann Verbandsvorsitzender, seitdem ist auch in der Politik und Taktik des DMV., wie auch die jeweils zum Ausdruck kommende Massenstimmung der Verbandsmitglieder ein getreues Spiegelbild der Entwicklung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung.

Dißmann, der seinerzeit mit fast Zweidrittel-Mehrheit gewählt wurde, ist mit seiner „Richtung" innerhalb des Verbandes längst in die Minderheit geraten, ist mehr oder minder zum Gefangenen der auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Vorstandsmehrheit geworden. Ihm und seinen Freunden ist nur noch gestattet, durch radikale Reden den Mitgliedermassen vorzutäuschen, daß im DMV. eine radikalere Politik betrieben würde, als im übrigen ADGB., die aber im Grunde bei allen entscheidenden Fragen genau dasselbe tun, wie die Leipart, Graßmann, Tarnow und Genossen. Daß es im Metallarbeiter-Verband soweit kommen konnte, daß die Hoffnungen der Metallarbeiter, die sie nach dem Sieg der damaligen Opposition 1919 hatten, so schwer enttäuscht wurden, ist der Haltlosigkeit, Energielosigkeit und politischen Feigheit der Dißmann-Gruppe zu verdanken. Statt ihre 1919 errungene Position nicht nur zu verteidigen, sondern sie mit Hilfe der hinter ihr stehenden Masse in der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung auszubauen, glaubten sie durch eine Versöhnungspolitik und vor allem durch den schärfsten Kampf gegen die Kommunisten die alten Arbeitsgemeinschaftler entweder auszuschalten oder für sich zu gewinnen. Wie die Geschichte lehrt, trat das Gegenteil ein. Was übrig blieb, war die feste Verschmelzung der USP.-„Revolutionäre" mit den Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitikern gegen die KPD. Zwar weisen die DMV.-Führer immer mit großer Entrüstung den Vorwurf, daß sie Arbeitsgemeinschaftspolitik treiben, zurück, aber ihre praktischen Taten bestätigen nur die Richtigkeit dieses Vorwurfs.

In der Lohn- und Arbeitszeitpolitik hat der DMV. niemals auch nur versucht, aus der Tatsache, daß eine Position um die andere verloren ging und die Lage der Metallarbeiter sich ständig verschlechterte, die Konsequenzen zu ziehen und die alte Taktik zu ändern, obwohl deren Schädlichkeit und Untauglichkeit mit jedem Tag offener zu Tage trat. Der Achtstundentag ging verloren. Die Löhne sind heute in der Metallindustrie sogar nominell im Durchschnitt niedriger wie vor dem Krieg, obwohl die Kaufkraft des Geldes heute kaum 80 Prozent des Vorkriegsstandes ausmacht. Viele Hunderttausende von Metallarbeitern liegen erwerbslos auf der Straße, trotzdem sehen alle bestehenden DMV.-Tarife Arbeitszeiten von 9, 10 bis 12 Stunden vor. Selbst die „Metallarbeiter-Zeitung" muß zugeben, daß die Erwerbslosigkeit nicht mehr als eine vorübergehende, sondern als eine dauernde Erscheinung angesehen werden muß, und daß durch die Rationalisierung nicht erwerbslose Metallarbeiter in die Fabriken kommen, sondern umgekehrt, noch weitere Hunderttausende Arbeiter aus den Fabriken auf die Straße fliegen. Trotzdem erklärt die Verbandsleitung gegenüber der Forderung der Opposition, Kampfbündnisse mit Arbeitern und Gewerkschaften anderer Industriezweige abzuschließen und Kämpfe zu führen mit dem Zweck, durch politischen Druck die kapitalistische Wirtschaft zum Nachgeben zu zwingen, folgendes:

„Einen Kampf zu führen in einer Zeit, wo mehr als zwei Millionen vollkommen ohne Beschäftigung sind, und im Metallarbeiter-Verband mehr als 20 Prozent der Mitglieder vollkommen ohne Arbeit dastehen, wäre geradezu ein Verbrechen an den Metallarbeitern."

Also, da die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung ist und ein Kampf während der Arbeitslosigkeit ein „Verbrechen" bedeutet, heißt dies, überhaupt keine Kämpfe mehr zu führen. Zwar erklären Verbandsvorstand und örtliche DMV.-Bürokraten gegenüber den Angriffen der Opposition, daß jeder beantragte Streik von der Verbandsleitung sanktioniert würde. Sanktioniert werden aber in der Regel nur kleine Streiks, d. h. Einzelbewegungen, die in den meisten Fällen schon von vornherein zur Niederlage verurteilt sind. Daher kommt es auch, daß örtliche Verbandsführer nach Ausbruch eines Streiks viel weniger daran denken, wie der Kampf siegreich zu Ende geführt werden kann, als vielmehr daran, wie sie den Streik so schnell wie möglich ohne einen allzugroßen Verlust beenden können. Es ist weiter klar, daß die Arbeiter unter diesen Umständen, d. h. ohne Ken-